

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 28.03.2022 um 14:30 Uhr
Digitale Sitzung über WebEx

| | |
|-------------------------------------|-----------|
| Gesetzliche Mitgliederanzahl | 45 |
| Anwesend sind | 41 |

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick (außer TOP 5)

Beigeordnete

Herr Denis Clauer
Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert
Herr Florian Bilic
Herr Tapani Braun
Frau Edeltraut Buser-Hussong
Herr Dieter Clauer
Herr Maurice Croissant
Herr Wolfgang Deny
Herr Dr. Florian Dreifus
Frau Ulla Eder
Herr Frank Eschrich
Frau Katja Faroß-Göller
Frau Brigitte Freihold
Herr Frank Fremgen
Herr Thomas Heil
Herr Wolfgang Hendrichs
Herr Gerhard Hussong
Frau Heidi Kiefer
Herr Florian Kircher
Herr Hartmut Kling
Frau Helga Knerr
Frau Susanne Krekeler
Frau Brigitte Linse
Frau Gabriele Mangold
Herr Dr. Bernhard Matheis
Herr Jürgen Meier
Herr Ralf Müller
Frau Uschi Riehmer
Herr Philipp Scheidel
Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz
Herr Tobias Semmet
Frau Annette Sheriff
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Ralph Bimber
Frau Iris Brandt
Herr Heiko Burkhart
Herr Guido Frey
Herr Bernd Gehringer
Herr André Jankwitz
Herr Robin Juretic
Frau Annette Legleitner
Herr Oliver Minakaran
Herr Leo Noll
Herr Daniel Prochazka
Herr Steffen Schmitt
Herr Maximilian Zwick

Abwesend:

Mitglieder

Frau Stefanie Eyrisch
Herr Jürgen Hartmann
Herr Berthold Stegner
Herr Heinrich Wölfling

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Stadtratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Der Vorsitzende erläutert den Verhaltenscodex. Der Stadtrat beschließt einstimmig den vorgestellten Verhaltenscodex.

Sodann erläutert er die rechtlichen Voraussetzungen für eine digitale Sitzung. Zum einen sei Voraussetzung, dass eine Notsituation festgestellt werde. Für die heutige Stadtratssitzung wird festgestellt, dass die derzeitige Corona-Pandemie eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne des § 35 Abs. 3 GemO darstellt, die eine Beschlussfassung außerhalb der Präsenzsitzung – mittels Videokonferenz – erfordert. Zum anderen sei eine 2/3-Zustimmung zur Durchführung der digitalen Sitzung notwendig. Des Weiteren sei eine namentliche Abstimmung erforderlich, da dies technisch nur in dieser Weise möglich sei.

Sodann bittet der Vorsitzende über die namentliche Abstimmung sowie über die Zustimmung, dass Beschlüsse laut Tagesordnungen im digitalen Verfahren mittels Videositzung gefasst werden, abzustimmen.

Der Stadtrat beschließt dies einstimmig.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)
2. Erneuerung Außenanlagen Berufsbildende Schule
 - 2.1. Feststellung des Kostenvoranschlags
 - 2.2. Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe
3. Auftragsvergaben
 - 3.1. Darmstädter Platz; Landschaftsbauarbeiten
 - 3.2. 73 Generalsanierung Berufsbildende Schule - 1.BA Gebäude "A"
- Los 19 Tischlerarbeiten (Holzinnentüren)

4. Schulmittagessen Pirmasenser Schulen;
Vergabeverfahren für die Herstellung, Lieferung und Ausgabe von Schulmittagessen an verschiedenen Schulen - Vorbehalt für bestimmte Auftragnehmer
5. Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des hauptamtlichen Beigeordneten; Einsatz der Infrastruktur der Verwaltung
6. Änderung der Wettbürosteuersatzung
7. Nachwahlen
 - 7.1. Nachwahl für den Kulturausschuss
 - 7.2. Nachwahl für die Aufsichtsräte der "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und "Der Rheinberger" Verwaltungs GmbH
 - 7.3. Nachwahl für das Verleihungspräsidium für den Hugo-Ball-Preis der Stadt Pirmasens
8. Unterrichtung des Stadtrates gemäß § 21 GemHVO; Haushaltssperre in Höhe von 800.000 Euro für den Ergebnishaushalt 2022
9. Anträge der Fraktionen
 - 9.1. Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke / PARTEI vom 16.03.2022 bzgl. "Sofortmaßnahmen gegen Energiearmut"
 - 9.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.03.2022 bzgl. „Müllbehälter“
10. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Vorsitzende um eine Schweigeminute für die Opfer des Ukraine-Krieges als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine.

zu 1 Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde um 16.05 Uhr.

Er teilt mit, in der Stadtratssitzung am 04.10.2021 sei eine Anfrage zum Thema Mieterstrommodelle und eine weitere Anfrage zum Thema Netzengpass und Blackout von Frau Leissing gestellt worden. Aufgrund des Umfangs der Stellungnahmen (siehe Anlage 1 und 2 zur Niederschrift) schlägt der Vorsitzende vor, diese im Nachgang zur Sitzung schriftlich zu beantworten.

Nachdem keine weiteren Einwohnerfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde um 16.06 Uhr.

zu 2 Erneuerung Außenanlagen Berufsbildende Schule

zu 2.1 Feststellung des Kostenvoranschlags Vorlage: 1416/II/67/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Garten- und Friedhofsamtes vom 10.03.2022.

Herr Jankwitz stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) den Gestaltungsentwurf für den Außenbereich der Berufsbildenden Schule vor. Er zeigt auf, die Außenanlage sowie die Haupttreppen hätten durch die Bauarbeiten gelitten. Die Treppe solle um die Hälfte reduziert werden. Damit hätte die Haupttreppe zukünftig eine Breite von 10 Metern. Ebenfalls würde eine weitere Treppe an einer anderen Stelle neu angelegt werden. Weiterhin solle der Vorplatz erneuert werden. Bisher konnten die Autos bis zur Treppe fahren und hätten den Vorplatz als Parkplatz genutzt. Dies sei zukünftig nicht mehr möglich.

Des Weiteren würde der Untergrund der Flucht- und Rettungswege erneuert. Da die Parkplatzsituation verbessert werden soll, solle ein Teil der Rasenfläche entfernt werden. Auf dieser Fläche sollen dann Parkplätze entstehen. Zusätzlich solle die Beleuchtung auf dem Außenbereich erneuert werden.

Der Vorsitzende zeigt auf, der Kostenvoranschlag betrage 510.000 €. Bislang seien jedoch nur 460.000 € im Haushaltsplan eingeplant worden. Der noch fehlende Restbetrag in Höhe von 50.000 € müsse überplanmäßig bereitgestellt werden.

Ratsmitglied Riehmer fragt an, wo der behindertengerechte Zugang geplant sei und ob behindertengerechte Parkplätze vorhanden seien.

Herr Jankwitz teilt mit, der Zugang erfolge über die Adlerstraße. Dort stünden auch behindertengerechte Parkplätze zur Verfügung.

Ratsmitglied Sheriff fragt an, ob die Brunnenanlage im Innenhof noch vorhanden sei.

Her Jankwitz erklärt, mit der Wasserführung hätte es in der Vergangenheit Probleme gegeben. Deshalb werde es auch zukünftig kein Wasser in der Brunnenanlage geben. Die Schule habe den Wunsch geäußert, die Brunnenanlage zukünftig als Sitzmöglichkeit zu nutzen. Die Struktur solle jedoch beibehalten werden.

Sodann beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Kostenvoranschlag des Garten- und Friedhofsamtes vom 10.03.2022 für die Wiederherstellung der Außenanlagen an der Berufsbildenden Schule Pirmasens wird mit 510.000,- € festgestellt.

Verrechnung: 2310000006 Erneuerung Außenanlage BBS

**zu 2.2 Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: 1418/II/20.1/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 10.03.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 50.000 Euro für die Erneuerung der Außenanlage BBS bei Inv.Nr. 2310000006 wird zugestimmt.

Finanzierung:

Verfügbare Mittel bei Inv.Nr. 2160000003 „Sanierung Horebschule“ **50.000 Euro**
(Mittel werden zu einem späteren Zeitpunkt benötigt)

zu 3 Auftragsvergaben

**zu 3.1 Darmstädter Platz; Landschaftsbauarbeiten
Vorlage: 1417/II/67/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Garten- und Friedhofamtes vom 10.03.2022.

Er zeigt auf, die Planungen seien den Ratsmitgliedern bereits in vorherigen Sitzungen vorge stellt worden. Weiterhin hätten 5 Bieter ein Angebot abgegeben. Der Auftrag solle nun an die Firma EVK GmbH aus Neunkirchen zum Angebotspreis von 165.791,79 € vergeben werden. Damit liege das Angebot innerhalb des beschlossenen Kostenvoranschlags.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Landschaftsbauarbeiten am Darmstädter Platz in Höhe von 165.791,79 € an die EVK GmbH aus Neunkirchen zu erteilen.

Verrechnung: 5117040002 „SZ Horeb – Darmstädter Platz“

**zu 3.2 73 Generalsanierung BBS - 1.BA Gebäude "A"
- Los 19 Tischlerarbeiten (Holzinnentüren) - Auftragsvergabe -
Vorlage: 1415/II/65.2/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 14.03.2022.

Bürgermeister Maas fügt hinzu, auf Grund der Ressourcenknappheit, ausgelöst durch den Ukrainekrieg, solle keine Zeit verloren werde. Deshalb solle dieser Beschluss direkt in der heutigen Sitzung gefasst und nicht bis zur nächsten Hauptausschusssitzung aufgeschoben werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das - Los 19 Tischlerarbeiten (Holzinnentüren) - wird an die Firma „**Schreinerei Horst Feld e.K.**“, Dieffler Str. 20, 66701 Beckingen-Düppenweiler, zum Angebotspreis von **105.658,91 (brutto)** vergeben.

Verrechnung: 2310000003 „BBS; Energetische- und Brandschutzsanierung 1.BA

**zu 4 Schulmittagessen Pirmasenser Schulen - Vergabeverfahren für die Herstellung, Lieferung und Ausgabe von Schulmittagessen an verschiedenen Schulen; Vorbehalt für bestimmte Auftragnehmer
Vorlage: 1421/I/40/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Schulverwaltungsamtes vom 18.03.2022.

Er zeigt auf, die Stadt sei der Schulträger für die Pirmasenser Schulen, weshalb sie verpflichtet sei für die Verpflegung der Schüler in den Ganztagschulen zu sorgen. Deshalb müsse nun für das Schulmittagessen neu ausgeschrieben werden. Er schlägt vor, die Ausschreibungen weiterhin auf Integrationsbetriebe zu beschränken. Dies sei auch die Vorgehensweise bei der vorherigen Ausschreibung gewesen.

Seitdem das Schulmittagessen durch Integrationsbetriebe erfolge, sei eine hohe Zufriedenheit bezüglich der Qualität zu verzeichnen. Zuvor habe es immer erhebliche Probleme mit der Qualität gegeben. Ein positiver Nebeneffekt zum hochwertigen Essen für die Kinder sei also auch die Inklusion von behinderten Menschen in das Arbeitsleben. Weiterhin sei zu vermerken, dass die Kosten für die Mittagessen in Pirmasens nicht höher seien als in anderen Städten.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Das Recht zur Teilnahme am Vergabeverfahren zur Herstellung, Lieferung und Ausgabe des Schulmittagessens für die Grundschule Husterhöhe, Robert-Schuman Grundschule, Landgraf-Ludwig-Realschule plus, Förderschule L (Matzenbergschule) und das Hugo-Ball-Gymnasium soll Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und Unternehmen, deren Hauptzweck die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder von benachteiligten Personen ist, vorbehalten bleiben.

zu 5 Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des hauptamtlichen Beigeordneten; Einsatz der Infrastruktur der Verwaltung
Vorlage: 1397/I/10/2022

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Maas und nimmt mit Beigeordneten Clauer gemäß §22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung der Nebentätigkeiten und Ehrenämtern des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des hauptamtlichen Beigeordneten nicht teil. Da bei Bürgermeister Maas ausschließlich dem Hauptamt zugehörige Nebentätigkeiten vorliegen, habe er kein Sonderinteresse.

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage und der dazugehörigen Auflistung aller Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Stadtvorstands inklusive Vergütungen des Haupt- und Personalamtes vom 09.02.2022.

Er fügt hinzu, die Ausübung von Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder gleichgestellte Ehrenämter sei verbunden mit der Nutzung der Infrastruktur der Verwaltung.

Ratsmitglied Schwarz fragt an, ob ein aktueller Stand des Rechtsstreits von Ratsmitglied Dr. Matheis bezüglich der Nebeneinkünfte bei der Thüga vorläge.

Oberbürgermeister Zwick erklärt, in der Übersichtsliste müsse die Vergütung bei der Thüga von 2.000 € auf 2.500 € korrigiert werden. Bezüglich der Anfrage von Ratsmitglied Schwarz teilt er mit, nach der Erkenntnis der Verwaltung liefe aktuell ein Verfahren zwischen Herrn Dr. Matheis und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Wenn dieses Verfahren abgeschlossen und rechtskräftig sei, würde der Stadtrat über das weitere Vorgehen informiert.

Der Stadtrat beschließt bei einer Enthaltung, einstimmig:

Der Stadtrat nimmt die in der Anlage dargestellten Nebentätigkeiten des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des Beigeordneten gemäß dem Landesbeamten gesetz (LBG) in Verbindung mit der Nebentätigkeitsverordnung (NebVO) und Ehrenämter zur Kenntnis.

Der Stadtrat erklärt sein Einverständnis, dass der Stadtvorstand (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Beigeordneter) für die Ausübung der Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder gleichgestellt und die öffentlichen Ehrenämter die entsprechende Infrastruktur der Verwaltung (Büro, Fahrer, Dienstwagen) einsetzt. Die Erstattung der Fahrtkosten durch die Träger der Einrichtungen, bei denen die Nebentätigkeit wahrgenommen wird, ist in vollem Umfang in den städtischen Haushalt zu vereinnahmen.

Oberbürgermeister Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

zu 6 Änderung der Wettbürosteuersatzung
Vorlage: 1405/II/20.3/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Be-schlussvorlage der Finanzen vom 21.02.2022.

Bürgermeister Maas fügt hinzu, im Zuge eines Normenkotrollverfahren sei die Wettbürosteuersatzung der Stadt Ludwigshafen durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz für unwirksam erklärt worden. Da die Satzung der Stadt Pirmasens im Wesentlichen der Satzung der Stadt Ludwigshafen entspreche solle diese redaktionell geändert werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Änderung der Wettbürosteuersatzung der Stadt Pirmasens (siehe Anlage 4 zur Nieder-schrift) wird zugestimmt.

zu 7 Nachwahlen

Der Vorsitzende erläutert den Wahlvorgang. Er weist darauf hin, dass der Stadtrat bereits zu Beginn der Sitzung einen Grundsatzbeschluss zur Durchführung der digitalen Sitzung sowie zur Durchführung aller Abstimmungen in Form der namentlichen Abstimmung gefasst habe. Da eine geheime Abstimmung in digitaler Form technisch nicht möglich sei, soll nun ein wei-terer Grundsatzbeschluss über eine offene Wahl getroffen werden. Ob dies nach dem ersten Grundsatzbeschluss erforderlich sei, könne dahingestellt bleiben.

Ratsmitglied Hussong gibt zu bedenken, dass der Stadtrat die Wahl auch in einer der nächs-ten Präsenzsitzungen durchführen könne.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Wahl schon in mehreren Sitzungen zuvor durch-geführt worden sei und sich an der Sach- und Rechtslage seither nichts geändert habe.

Herr Hussong fragt an, ob es denn nicht eines bestimmten Quorums für diesen Beschluss bedürfe.

Der Vorsitzende sagt zu, dass der Sitzungsdienst diese Fragen überprüfe und schlägt vor, bis dahin Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen. Die Ratsmitglieder sind hiermit einverstanden.

Der Vorsitzende ruft wieder den Tagesordnungspunkt 7 auf und erteilt Herrn Minakaran das Wort.

Herr Minakaran erläutert, dass für den Beschluss über die offene Wahl ein Beschluss mit einfacher Mehrheit zu fassen sei. Sofern Herr Hussong aber die Wahl in der beabsichtigten Form oder am heutigen Tag ablehne, komme auch eine Absetzung der Wahl von der Tagesordnung in Betracht. Hierfür sei eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Sollte dies gewünscht sein, sei aber ausdrücklich ein Antrag zu stellen.

Herr Hussong erklärt, dass er mit keinem Wort die Absetzung von der Tagesordnung erwähnt habe und dies auch nicht seine Absicht sei.

Herr Tilly stellt ergänzend die Frage, ob nicht bereits geheim abgestimmt werden müsse, wenn ein einzelnes Ratsmitglied dies verlange. Zudem fragt er, ob eine geheime Abstim-mung digital überhaupt möglich sei.

Der Vorsitzende fasst nochmals zusammen, dass der gesetzliche Grundsatz die geheime Wahl sei. Allerdings gelte dies nach der GemO und der Geschäftsordnung nur, wenn der Stadtrat nicht etwas anderes beschließt. Zunächst sei daher mehrheitlich ein Grundsatzbeschluss über die offene Abstimmung zu fassen. Eine geheime Abstimmung sei technisch nicht möglich, so dass bei fehlender Mehrheit eine Vertragung auf die nächste Präsenzsitzung erfolge. Sollte eine Absetzung von der Tagesordnung gewünscht sein, müsse zunächst hierüber ein Beschluss gefasst werden.

Herr Hussong verdeutlicht, dass es ihm weder um eine Absetzung noch um eine Vertagung gehe. Er habe sich nach der Rechtslage erkundigt.

Daraufhin fasst der Stadtrat mit 28 Ja- Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Beschluss, die Wahlen in digitaler Form offen und namentlich durchzuführen.

zu 7.1 Nachwahl für den Kulturausschuss
Vorlage: 1424/I/10.1/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 22.03.2022.

Sodann werden die in der Beschlussvorlage genannten Wahlvorschläge der AfD-Fraktion zur Abstimmung gestellt:

1. Wahlvorschlag:

Als Mitglied wird

Herr Ferdinand L. Weber

und als dessen Stellvertreter

Herr Thomas Heil

vorgeschlagen.

2. Wahlvorschlag:

Als Mitglied wird

Herr Jürgen Hartmann

und als dessen Stellvertreter

Herr Jürgen Meier

vorgeschlagen.

Die Abstimmungsalternativen lauten:

Wahlvorschlag 1

Wahlvorschlag 2

Enthaltung

Herr Hussong wendet ein, dass er die Abstimmungsmöglichkeit „Nein“ vermisste. Es könnte nicht sein, dass ihm diese Möglichkeit genommen werde. Er erkundigt sich nach der Rechtsgrundlage für die vorgegebenen Abstimmungsalternativen.

Der Vorsitzende erläutert, dass dies geprüft worden sei und die Alternativen auf eine Verwaltungsvorschrift zu § 40 GemO zurückgingen. Es gebe danach nur die Möglichkeit, für einen der Wahlvorschläge zu stimmen oder sich zu enthalten.

Herr Hussong erkundigt sich nach dem Wortlaut der Verwaltungsvorschrift.

Herr Minakaran verliest darauf VV Nr. 5 zu § 40 GemO: „Werden zwei oder mehr Kandidaten vorgeschlagen, so sind auf „Nein“ lautende Stimmen ungültig.“

Herr Schwarz erinnert, dass aber mehr als zwei Personen zur Wahl gestellt seien.

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich bei Mitglied und Stellvertreter jeweils nur um einen Wahlvorschlag handle.

Herr Hussong erklärt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehme.

Bei der Abstimmung entfallen bei 25 Enthaltungen auf Wahlvorschlag 1 7 Stimmen, auf Wahlvorschlag 2 1 Stimme.

Als Mitglied beziehungsweise Stellvertreter in den Kulturausschuss sind damit vom Stadtrat gewählt Herr Ferdinand L. Weber und Herr Thomas Heil als dessen Stellvertreter.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

**zu 7.2 Nachwahl für die Aufsichtsräte der "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und "Der Rheinberger" Verwaltungs GmbH
Vorlage: 1425/I/10.1/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 22.03.2022.

Sodann werden die in der Beschlussvorlage genannten Wahlvorschläge der AfD-Fraktion zur Abstimmung gestellt:

1. Wahlvorschlag:

Als Mitglied wird

Herr Ferdinand L. Weber

und als dessen Stellvertreter

Herr Jürgen Hartmann

vorgeschlagen.

2. Wahlvorschlag:

Als Mitglied wird

Herr Thomas Heil

und als dessen Stellvertreter

Herr Jürgen Meier
vorgeschlagen.

Die Abstimmungsalternativen lauten:

Wahlvorschlag 1

Wahlvorschlag 2

Enthaltung

Bei der Abstimmung entfallen bei 18 Enthaltungen auf Wahlvorschlag 1 7 Stimmen, auf Wahlvorschlag 2 1 Stimme.

Als Mitglied beziehungsweise Stellvertreter in die Aufsichtsräte der „Der Rheinberger“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und der „Der Rheinberger“ Verwaltungs GmbH sind damit vom Stadtrat gewählt Herr Ferdinand L. Weber und Herr Jürgen Hartmann als dessen Stellvertreter.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 7.3 Nachwahl für das Verleihungspräsidium für den Hugo-Ball-Preis der Stadt Pirmasens
Vorlage: 1426/I/10.1/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 22.03.2022.

Sodann werden die in der Beschlussvorlage genannten Wahlvorschläge der AfD-Fraktion zur Abstimmung gestellt:

1. Wahlvorschlag:

Herr Ferdinand L. Weber

2. Wahlvorschlag:

Herr Thomas Heil

Die Abstimmungsalternativen lauten:

Wahlvorschlag 1

Wahlvorschlag 2

Enthaltung

Bei der Abstimmung entfallen bei 17 Enthaltungen auf Wahlvorschlag 1 6 Stimmen und auf Wahlvorschlag 1 eine Stimme.

Als Mitglied für das Verleihungspräsidium für den Hugo-Ball-Preis der Stadt Pirmasens ist damit vom Stadtrat gewählt Herr Weber.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Her Hussong erklärt, dass sich die SPD-Fraktion eine Prüfung der Rechtslage vorbehält.

zu 8 Unterrichtung des Stadtrates gemäß § 21 GemHVO; Haushaltssperre in Höhe von 800.000 Euro für den Ergebnishaushalt 2022
Vorlage: 0058/II/20.1/2022

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 22.02.2022.

Ratsmitglied Eschrich zeigt auf, die Haushaltssperre sollte eines der letzten Mittel sein. In Pirmasens würde dies jedoch jährlich wiederholt. Die Sperre ginge zu Lasten der Mitarbeiter, denn der Sparzwang ginge an die Substanz. Er fügt hinzu, diese Sperre sei politisch falsch, denn das Einsparpotenzial sei bereits ausgereizt. Ebenfalls sei diese kein gutes Signal für die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Diese könnten davon ausgehen, dass die Stadt dadurch keine Hilfe benötige.

Der Vorsitzende zeigt auf, das Land bzw. die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wisse, dass dies nicht das Defizit der Stadt ausgleiche. Mit diesem Schritt solle signalisiert werden, dass nicht nur Hilfe gefordert, sondern auch selbst eingespart werde.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Haushaltssperre gemäß § 101 Gemeindeordnung in Höhe von 500.000 Euro für Sachmittel (ohne Abschreibungen und Rückstellungen) und 300.000 Euro für Personalaufwendungen des Ergebnishaushaltes 2022 wird zur Kenntnis genommen.

zu 9 Anträge der Fraktionen

zu 9.1 Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke / PARTEI vom 16.03.2022 bzgl. "Sofortmaßnahmen gegen Energiearmut"

Ratsmitglied Eschrich zeigt auf, auf Grund der erfolgten Maßnahmen seitens des Bundes, solle der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt zurückgestellt werden. Er behalte sich jedoch vor, den Antrag zu einem späteren Zeitpunkt einzubringen.

zu 9.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.03.2022 bzgl. "Müllbehälter"

Ratsmitglied Deny begründet den Antrag laut schriftlicher Antragsbegründung (siehe Anlage 5 zur Niederschrift). Er fügt hinzu, eine ältere Nachbarin sei mit Tränen in den Augen zu ihm gekommen und habe ihm berichtet, dass es ihr nicht möglich sei, die vollen Mülltonnen aus dem Keller bis zur Straße zu transportieren. Dies sei kein Einzelfall, denn auch andere Bürgerinnen und Bürger seien betroffen. Wenn die Mülltonnen voll seien, gleiche dies Schwerarbeit. Durch die Neuregelung würden die Bürgerinnen und Bürger im Stich gelassen.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, bereits im Oktober 2021 sei berichtet worden, dass das dauerhafte Abstellen der Mülltonnen auf dem Gehweg ein Problem in der Stadt darstelle, da die Bürger und Bürgerinnen, Mütter mit Kinderwagen aber auch Personen im Rollstuhl auf die Straße ausweichen müssten.

Er zeigt auf, bei entsprechenden Feststellungen würden die Eigentümer in einem ersten Schritt angeschrieben, auf die Rechtslage hingewiesen und gebeten, die Abfallgefäße aus dem öffentlichen Verkehrsraum zu entfernen. Sollten die Eigentümer daraufhin mitteilen,

dass sie keine Möglichkeit hätten die Abfallbehälter auf dem Grundstück unterzubringen, würde ein Ortstermin vereinbart, um mögliche Alternativen zu finden.

Zum jetzigen Zeitpunkt sei in 54 Fällen Abhilfe geschaffen worden. Für jedes Grundstück seien hier individuelle Lösungen gefunden worden. Allerdings müsste an einzelnen Grundstücken eine Einhausung auf öffentlichen Flächen erfolgen. Die öffentlichen Flächen würden kostenlos zur Verfügung gestellt aber die Einhausung müsse durch die Eigentümer gezahlt werden. Diese Option sei nur möglich, wenn der Gehweg breit genug sei. Weitere Alternativen seien die Zuteilung von kleineren Behältern, Nachbarschaftshilfen oder auch die Inanspruchnahme eines Hausmeisterservice.

Durch das jetzige Vorgehen seitens des Ordnungsamtes und des Wirtschafts- und Servicebetriebs seien seit der Ankündigung im Herbst keine Bußgelder verhängt worden.

Ratsmitglied Kircher teilt mit, oftmals sei genügend Platz trotz Abfallbehälter auf den Gehwegen, jedoch stünden zusätzlich Falschparker auf diesen, wodurch eine Nutzung nicht möglich sei.

Beigeordneter Clauer erklärt, auch dieses Thema hätte das Ordnungsamt im Blick.

Ratsmitglied Tilly führt aus, viele Bürgerinnen und Bürger wüssten nicht, dass solche Alternativen möglich seien. Er fragt an wie die Bürger beraten würden, die sich nicht trauen ihre Probleme bei der Stadt zu melden.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, nicht jeder Bürger oder jede Bürgerin könne abtelefoniert werden. Sollten die Probleme bei der Stadt aufgezeigt, würde sofort geholfen.

Der Vorsitzende fügt hinzu, gegebenenfalls könnte nochmals über die Presse informiert werden.

Ratsmitglied Deny zeigt auf, die Probleme seiner Nachbarin seien geklärt, jedoch könne er selbst nicht allen Bewohnern in der Straße helfen. Dies sei die Aufgabe der Stadt.

Der Vorsitzende betont nochmals, bereits jetzt würden nach individuelle Lösungen gemeinsam mit den Betroffenen gesucht.

Ratsmitglied Tilly teilt mit, nach den bisherigen Ausführungen seitens des Beigeordneten würde der Antrag zurückgestellt, wenn in einem halben Jahr nochmals darüber berichtet und die Erfahrungen aufgezeigt würden.

zu 10 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 10.1 Beantwortung von Anfragen

zu 10.1.1 Anfrage von Ratsmitglied Tilly vom 12.07.2021 bzgl. „Grillfläche am Eisweiher“

Der Vorsitzende zeigt auf, am Eisweiher sei eine zweite Grillfläche eingerichtet worden. Im Rahmen des allgemeinen Streifendienstes würden die Flächen am Eisweiher durch den Vollzugsdienst kontrolliert. Er teilt mit, die Beantwortung mit dazugehörigen Bildern (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 10.1.2 Anfrage von Ratsmitglied Welker vom 15.11.2021 bzgl. „Geschwindigkeitskontrolle in der Haseneckstraße“

Der Vorsitzende erklärt, am Montag, den 07.03.2022 wurde in der Haseneckstraße zwischen 12:30 Uhr und 13:30 Uhr, sowie zwischen 15:35 Uhr und 16:30 Uhr eine Lasermessung durchgeführt. Gemessen wurde hierbei der Verkehr, der von Zeppelinstraße kommend in Richtung B10 fuhr. Insgesamt seien sechs Verstöße, jeweils drei pro Zeitraum, festgestellt und geahndet worden. Die höchst gemessene Geschwindigkeit lag bei erlaubten 50km/h innerorts bei 63 km/h.

zu 10.1.3 Anfrage von Ratsmitglied Hussong vom 13.09.2021 bzgl. „Berufsinformationsbörse“

Der Vorsitzende führt aus, die BIB stelle eine Initiative der Wirtschaft dar und das Orga-Team kümmere sich um deren Ausrichtung. Die Stadt hätte hierbei keine Federführung, sondern unterstütze die BIB und spreche sich eng ab.

Das Orga-Team der BIB habe bereits selbst digitale Maßnahmen ergriffen. Der Arbeitskreis Schule-Wirtschaft habe ein Projekt mit Terminen für virtuelle Berufsorientierung ins Leben gerufen. Am 29.10.2021 habe die virtuelle Berufsberatung in der Käthe-Dassler Realschule Plus und am 10.03.2022 in der Berufsbildenden Schule stattgefunden. Der nächste Termin sei für den 05.04.2022 in der Landgraf-Ludwig-Realschule Plus geplant. Die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung (siehe Anlage 7 zur Niederschrift) würde im Anschluss an die Sitzung hochgeladen.

Ratsmitglied Hussong zeigt auf, die digitale Plattform sei Aufgabe der Stadtverwaltung. Selbst die Stadt bilde nur wenige Auszubildende zur/zum Verwaltungsfachangestellten aus. Momentan würden nur insgesamt 7 Personen in diesem Beruf ausgebildet. Durch den Rückgang der Auszubildenden könnte es passieren, dass diese in Zukunft nicht mehr auf der BBS Pirmasens unterrichtet werden könnten, aufgrund der Größe der Klassen. Dann müssten sie an die BBS in Kaiserslautern oder Ludwigshafen. In diesem Fall sei zu befürchten, dass die Auszubildenden nach der Ausbildung an diesen Standorten blieben.

Der Vorsitzende erklärt, die Stadt schiebe die Aufgabe nicht von sich weg und veran lasse mehrere Maßnahmen. Die BIB sei nicht beendet, sondern finde im Herbst wieder statt und der digitale Schritt sei bereits begonnen worden.

zu 10.1.4 Anfrage von Ratsmitglied Faroß-Göller vom 13.09.2021 bzgl. „Kindernotinsel“

Der Vorsitzende zeigt auf, die Beantwortung (siehe Anlage 8 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 10.1.5 Anfrage von Ratsmitglied Eschrich vom 13.12.2021 bzgl. „Fragen zur Stadtentwicklung: Kaufhallengelände, Happy Forest Quarter, Masterplan 2015“

Der Vorsitzende zeigt auf, die Beantwortung (siehe Anlage 9 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 10.1.6 Anfrage von Ratsmitglied Dreifus vom 14.02.2022 bzgl. „Stopp der KfW-Förderung und dessen Auswirkungen auf städtische Bauprojekte“

Der Vorsitzende zeigt auf, die Beantwortung (siehe Anlage 10 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 10.2 Informationen

zu 10.2.1 Terminankündigung: Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

Der Vorsitzende zeigt auf, im Zeitraum vom 23. bis 25. Mai 2023 finde in der Messe Köln die nächste ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages statt.

zu 10.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 10.3.1 Anfrage von Ratsmitglied Semmet bzgl. "Agrifotovoltaikanlage in Winzeln"

Ratsmitglied Semmet teilt mit, laut Zeitung sei für Winzeln eine Agrifotovoltaikanlage geplant. Der Ortsbeirat Winzeln hätte hierüber jedoch noch keine Informationen erhalten.

Bürgermeister Maas erklärt, die Stromversorgung würde mit 55% durch eigene Energiequellen abgedeckt. Dies solle in Zusammenarbeit mit dem PFI verbessert werden. Da erneuerbare Energien nicht speicherbar seien, solle auf Fotovoltaikanlagen zurückgegriffen werden. Mit dem erzeugten Strom durch die Agrifotovoltaikanlagen könne Wasserstoff erzeugt werden. Der erzeugte Wasserstoff könne zur Herstellung von Bio-Methan genutzt werden.

Durch die sogenannten Agrifotovoltaikanlage sei die Landwirtschaft auf diesen Flächen weiterhin möglich und eine Konkurrenz zur Landwirtschaft entstünde nicht. Durch dieses Projekt entstünden ebenfalls Kosten und Fördermittel müssten beantragt werden. Allerdings sei dies zum jetzigen Zeitpunkt eine reine Idee, die überdacht werden müsste.

In einer der nächsten Ortsbeiratssitzung in Winzeln solle hierüber ausführlich informiert werden.

zu 10.3.2 Anfrage von Ratsmitglied Mangold bzgl. "Aktueller Sachstand Kaufhallengelände"

Ratsmitglied Mangold erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand des ehemaligen Kaufhallengeländes.

Der Vorsitzende zeigt auf, der Kaufpreis sei vor 14 Tagen bezahlt worden und die Baugenehmigung müsse nun erfolgen.

zu 10.3.3 Anfrage von Ratsmitglied Dr. Dreifus bzgl. "Ortstermin für Baustellen"

Ratsmitglied Dr. Dreifus teilt mit, in einer der vergangenen Sitzung sei zugesagt worden, sich die Baustellen mit den Ratsmitgliedern vor Ort anzuschauen. Er fragt an, ob diesbezüglich bereits Planungen bestünden.

Der Vorsitzende zeigt auf, der Ortstermin habe aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattgefunden.

Bürgermeister Maas führt aus, der Termin würde nach Ostern nachgeholt.

zu 10.3.4 Anfrage von Ratsmitglied Hendrichs bzgl. "Bevölkerungsschutz"

Ratsmitglied Hendrichs fragt an, ob im Ernstfall ein Bevölkerungsschutz bestünde um eingreifen zu können.

Der Vorsitzende zeigt auf, Katastrophenschutzpläne bestünden. Ein ausführlicher Bericht könne durch den Brand- und Katastrophenschutz erfolgen.

zu 10.3.5 Anfrage von Ratsmitglied Sheriff bzgl. "Absperrung des Gehwegs am Berliner Ring"

Ratsmitglied Sheriff teilt mit, am Berliner Ring in der Höhe der verschlossenen Bunkeranlage sei seit längerer Zeit eine Absperrung auf dem Fußgängerweg. Dies sei problematisch, da die Bewohner des Altenheims mit ihren Rollatoren an dieser Stelle die Straßenseite wechseln müssten und der Bordstein an dieser Stelle einen sehr hohen Stich aufweise.

Bürgermeister Maas sagt eine Prüfung zu.

zu 10.3.6 Anfrage von Ratsmitglied Sheriff bzgl. "Barrierefreie Fußgängerüberwege Berliner Ring Höhe Seniorenheim "

Ratsmitglied Sheriff teilt mit, am Berliner Ring in Höhe des Seniorenheims fehle ein barrierefreier Übergang am Zebrastreifen. Zum einen würde zu schnell gefahren und zum anderen kämen die Senioren nicht schnell genug mit ihren Rollatoren über den hohen Bordstein auf den Gehweg. Sie fragt an, ob es möglich sei die Bordsteine an Zebrastreifen abzusenken.

Bürgermeister Maas sagt eine Prüfung zu.

zu 10.3.7 Anfrage von Ratsmitglied Tilly bzgl. "Geschwindigkeitskontrolle an der Grundschule Winzeln"

Ratsmitglied Tilly bittet nochmals eine Geschwindigkeitskontrolle, gegebenenfalls auch während den Schulzeiten, durchzuführen.

Der Vorsitzende sagt zu, diese Bitte an die Polizei weiterzuleiten.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 16.13 Uhr.

Pirmasens, den 31. Mai 2022

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Michael Maas
Vorsitzender (TOP 5)

gez. Anne Vieth
Protokollführung